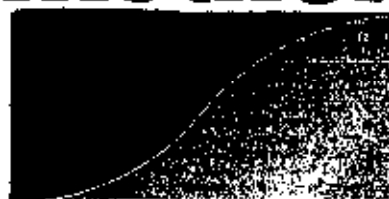


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 888 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zieht eine Bilanz des Honecker-Besuches: Wer A sagt, muß auch B sagen. Seite 1

Wolfgang Sieler MdB kritisiert den schleichenden Abbau des Zivildienstes: Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schwächsten. Seite 3

Peter Büchner MdB fordert Schlußfolgerungen aus den Erfolgsverlusten der Leichtathleten: Bestandsaufnahme des Leistungssports überfällig. Seite 5

42. Jahrgang / 171

9. September 1987

Wer A sagt, muß jetzt auch B sagen!

Eine Bilanz des offiziellen Teils des Honecker-Besuches in Bonn

Von Dr. Wilhelm Bruns
Leiter der Forschungsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Am Schluß des offiziellen Programms in Bonn verließ den Bundeskanzler der Mut. Dabei hatte er so mutig begonnen. Der Staatsratsvorsitzende der DDR und Generalsekretär der SED, Erich Honecker, wurde am Montag protokollarisch wie ein Oberhaupt eines ausländischen Staates empfangen. Dies von einem Bundeskanzler, der einer Partei vorsteht, die bis in die jüngste Zeit von der Existenz eines souveränen und unabhängigen zweiten deutschen Staates nicht viel wissen wollte. Auch die Basis, auf der heute deutsch-deutsche Politik gemacht wird, ist von der CDU/CSU, der heutigen Regierungsfraktion, Anfang der 70er Jahre parlamentarisch und gerichtlich bekämpft worden: Gemeint ist der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag.

Heute, im September 1987, hat der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl dem ersten Mann der DDR protokollarisch versichert: Die DDR ist ein gleichberechtigter Staat. Die DDR-Führung ist ein anerkannter Partner für die Bundesregierung. Das wird man mutig nennen müssen, auch mit dem Blick auf immer noch vorhandene und einflußreiche Kreise in der Union, die dies völlig anders sehen. Doch dem protokollarischen Mut, den der Bundeskanzler gezeigt hat, folgte leider kein mutiger Schritt in der Frage, was denn die beiden deutschen Staaten für Abrüstung und Entspannung in Europa tun können.

Der Bundeskanzler meinte zwar in seiner Rede, er sei sich mit Honecker einig, daß man sich auf das Machbare konzentrieren solle. Doch über das, was beide deutsche Staaten in der zentralen Frage der Friedensicherung konkret tun können und wollen, war man sich nicht einig. Das heißt, es wurde kein einziger operativer Vorschlag in diesem zentralen Bereich gemacht. Insofern ist der sicherheitspolitische Ertrag, so wie er auch im Kommuniqué zum Ausdruck kommt, gering. Dennoch ist wichtig, daß beide deutsche Seiten die besondere Bedeutung eines Abkommens über Mittelstreckensysteme betont haben und gemeinsam im Kommuniqué erklärten, „daß die weltweite Beseitigung sowjetischer und amerikanischer

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Permitierter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
recycling-Papier



Mittelstreckenflugkörper mit über 500 Kilometer Reichweite die Stabilität und Sicherheit in Europa und Asien wesentlich erhöhen". Positiv ist auch noch einmal die Bekräftigung der Unterstützung für die Ziele der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Auch die Absichtserklärung zur konventionellen Abrüstung mit dem Ziel „größerer Sicherheit und Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ist durchaus wichtig, dennoch fehlen hier konkretere Festlegungen für die operative Politik. Dies gilt auch für die Bemerkungen zur chemischen Abrüstung. Hier ist sogar ein Dissens ausdrücklich festgehalten. Bekanntlich hat die DDR-Regierung der Bundesregierung Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone wie über einen nuklearfreien Korridor (auf der Grundlage der Papiere von SPD und SED) angeboten. Die Bundesregierung hat die Initiative zur chemischen Abrüstung nach Genf verlagert. Sie hat die Initiative zum nuklearfreien Korridor, wie sie im Vorschlag der DDR vom 3. April 1987 zum Ausdruck kommt, bisher unbeantwortet gelassen. Jetzt haben beide im Kommuniqué ihren Dissens zu Protokoll gegeben: „Sie legten ihre unterschiedlichen Standpunkte zu Fragen regionaler Vereinbarungen im Bereich von Kernwaffen und chemischen Waffen dar“.

So positiv es ist, daß beide im Kommuniqué die Konsultationen zwischen den Abrüstungsbeauftragten zu einem „festen Bestandteil Ihres politischen Dialogs“ machen wollen, so hätte man sich doch gewünscht, daß den Abrüstungsbeauftragten ein ergebnisorientiertes Mandat erteilt wird, etwa für den Bereich der konventionellen Abrüstung wie zum Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen. Doch dies ist unterblieben.

Wenig Mut zeigte der Bundeskanzler auch bei der Frage, wie es denn in den deutsch-deutschen Beziehungen weitergehen soll: Wie soll die Partnerschaft der Vernunft in den einzelnen Bereichen (politisch, ökonomisch, humanitär) organisiert werden und mit welchen Projekten? So erfreulich es ist, daß im Beisein von Bundeskanzler und dem Staatsratsvorsitzenden die Abkommen über Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes, über die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Technik wie die Vereinbarung über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes unterzeichnet worden sind, so wenig konkret und wegweisend sind die Aussagen im deutsch-deutschen Kommuniqué.

Ergebnis: Es war mehr drin, oder um das Wort des Bundeskanzlers aufzugreifen, es war mehr machbar! Insofern ist das deutsch-deutsche Kommuniqué mehr ein Dokument der Hoffnung als ein verabredetes Programm für die weiteren deutsch-deutschen Beziehungen. Interessant ist ein weiterer Gesichtspunkt, der bei einer ersten Bewertung nicht fehlen sollte. Das deutsch-deutsche Kommuniqué vom 8. September 1987 geht substantiell nicht über das Kommuniqué hinaus, das am 13. Dezember 1981 über das Treffen von Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden der DDR unterzeichnet wurde. Was damals von der heutigen Regierungsfraction kritisiert wurde, ist heute gültig und ist ausdrücklich bestätigt worden. Spätestens mit diesem Kommuniqué hat sich die CDU/CSU-geführte Bundesregierung auf die Logik der von der SPD initiierten Deutschlandpolitik eingelassen und hat ihre Konsequenzen auch protokollarisch gezogen.

Der Bundeskanzler ist vom Staatsratsvorsitzenden der DDR zu einem Gegenbesuch eingeladen worden. Er hat diese Einladung „mit Dank angenommen“, wie es im Kommuniqué vermerkt wird. Bundeskanzler Kohl hat gestern in einem ARD-Fernsehinterview angedeutet, daß er diesen Gegenbesuch allerdings nicht in Ost-Berlin machen werde. Dies wäre inkonsequent. Der Bundeskanzler hat mit dem protokollarischen Aufwand bei dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden A gesagt, jetzt muß er auch B sagen und konsequenterweise in die Hauptstadt der DDR reisen!

(-/9.9.1987/vo-ha/rs)

* * *



Schleichender Abbau des Zivildienstes

Bonn betreibt Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schwächsten

Von Wolfgang Sieler MdB
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seit dem 1. September hat das Bundesamt für den Zivildienst die Aufwandszuschüsse nach § 6 Absatz 3 Zivildienstgesetz (ZDG), die die Wohlfahrtsverbände für die Bereitstellung von Zivildienstplätzen bekommen können, um die Hälfte gekürzt. Neue Zivildienstplätze werden ab sofort nicht mehr als förderungswürdig anerkannt. Ausgenommen sind lediglich die Bereiche Mobile Soziale Hilfsdienste und Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung. Ab 1. Juli 1988 plant die Bundesregierung die völlige Streichung dieser Zuschüsse.

Nach § 6,3 ZDG können „den Beschäftigungsstellen Zuschüsse zur Entlastung vom Aufwand für Unterkunft, Verpflegung und Arbeitskleidung der Dienstleistenden gewährt werden, wann und soweit dies erforderlich ist,

1. um eine für die Heranziehung aller verfügbaren anerkannten Kriegsdienstverweigerer zum Zivildienst ausreichende Anzahl von Zivildienstplätzen und
2. um für den Zivildienst nach Art der Beschäftigung besonders geeignete Zivildienstplätze zu erhalten“.

Die Bundesregierung argumentiert einerseits fiskalisch: dies seien notwendige Einsparungen im Bundeshaushalt. Der Betrag ist allerdings eher gering und kann vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit nicht einmal genau quantifiziert werden.

Andererseits bringt sie als politisches Argument: der Sinn der Gesetzesregelung, die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Zivildienstplätzen, sei weitgehend erfüllt, der Gipfel der anerkannten Kriegsdienstverweigerer werde im nächsten Jahr überschritten, somit gebe es bald zu viele Plätze.

Die Verbände der Wohlfahrtspflege sehen das anders. Sie befürchten einen schleichenden Abbau des Zivildienstes und damit einen notwendig werdenden Abbau ihrer Leistungen. Zudem wird es nach Streichung der Aufwandszuschüsse zu einer Verteuerung ihrer Leistungen für die Leistungsempfänger kommen. Denn die gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände müssen das von der Bundesregierung gerissene Loch irgendwie stopfen. Die Zuschußkürzung um 115 bis 250 DM pro Monat und Zivildienstplatz fällt vor allem bei den kleinen Verbandsgliederungen ins Gewicht, die mit jedem Pfennig rechnen müssen. Aus der Arbeiterwohlfahrt zum Beispiel sind schon zahlreiche Klagen zu hören.



Die Einsparungen bedeuten im Klartext: wiederum wird Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schwächsten betrieben. Denn die nun notwendig werdende Vertausung der Dienste trifft Kranke und Behinderte, die auf die Leistungen des Zivildienstes angewiesen sind. Wiederrum betreibt die Bundesregierung eine höchst unsoziale Sparpolitik.

Aber die Neuregelung trifft auch die Wohlfahrtsverbände. Sie bekamen erst sechs Wochen vor ihrem Inkrafttreten hierüber Bescheid. Die Finanzplanung besonders der kleinen Verbandsgliederungen ist durcheinander geraten. Bestandteil der Neuregelung ist ferner, daß die gekürzten Zuschüsse für 1987 erst Anfang 1988 ausbezahlt werden. In der Arbeiterwohlfahrt rechnet man damit, daß nun Wege zur Zwischenfinanzierung gefunden werden müssen. Das bedeutet eine zusätzliche Belastung durch Kreditzinsen, was sich die Bundesregierung nach ihren Verlautbarungen offenbar gar nicht vorstellen kann.

Die Kürzung der Aufwandszuschüsse wird von einer Reihe weiterer Maßnahmen begleitet, die die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege „einen schleichenden Abbau“ des Zivildienstes befürchten lassen. Finanzielle Einsparungen bei den Einführungslehrgängen und bei der Entschädigung für übernommene Verwaltungsaufgaben im Rahmen des Zivildienstes gehören hier ebenso dazu wie eine Neuregelung der Zuschüsse für dienstliche Unterkünfte. Bisher konnten die Wohlfahrtsverbände aufgrund der „Einverständniserklärungs-Regelung“ Zivildienstbewerber in begründeten Fällen zurückweisen; zukünftig soll der Zuschuß für dienstliche Unterkünfte durch das Bundesamt für den Zivildienst nur noch gewährt werden, wenn das Bundesamt fünfzig Prozent der Plätze durch Zuweisung selbst belegen kann. Auch dies greift tief in die bisherigen Rechte der Wohlfahrtsverbände ein.

Wir Sozialdemokraten müssen uns verstärkt dieser Entwicklung im Zivildienst zuwenden. Gerade auch in kleineren Orten, wo kleine Gliederungen der Wohlfahrtsverbände unverzichtbare soziale Arbeit leisten, sind Verschlechterungen in diesem Bereich nicht hinzunehmen. Wir müssen auch im Bereich des Zivildienstes die Schwächsten der Gesellschaft vor den Auswirkungen der unsozialen Sparpolitik der Bundesregierung zu schützen versuchen.

(-/9.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Bestandsaufnahme des Leistungssports ist überfällig

Aus den teilweise extremen Erfolgsverlusten müssen umgehend Schlußfolgerungen gezogen werden

Von Peter Büchner MdB
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vom Gewinn olympischer Medaillen oder Welt- und Europameisterschaftstiteln hängt nicht das Wohl und Wehe eines Landes ab. Dennoch spielt der Leistungssport in der Gesellschaft fast aller Staaten eine Rolle.

Die SPD bejaht und unterstützt den „humanen Leistungssport“ als Teil der Entwicklung der individuellen Neigungen und Talente sowie als Ausdruck schöpferischer und vitaler Lebensgestaltung.

Folgt man den Erkenntnissen der Leistungssportexperten, so kristallisieren sich bei den internationalen Wettbewerben im vorolympischen Jahr die potentiellen Medaillen-Kandidaten für die Olympischen Spiele heraus.

Calgary im Februar und Seoul im September 1988 lauten die Zielmarken für den Leistungssport der Bundesrepublik Deutschland. Nach Abschluß der wichtigsten Welt- und Europameisterschaften in den Sommersportarten, wie die Leichtathletik, Radfahren, Hockey, Boxen, Ringen, Rudern, Kanu, Schwimmen oder Reiten, besteht für Optimismus in den meisten Disziplinen kein Anlaß - eher für Besorgnis und kritische Fragen.

Unbestritten ist, daß der Leistungssport in der Bundesrepublik Deutschland über ein Förderungssystem verfügt, das weltweit bestaunt wird.

Die Voraussetzungen sind international unvergleichlich gut: Vor allem im Sportstättenbau, in der Gewährung finanzieller Hilfen, in der Sportwissenschaft und im Engagement der Industrie und Wirtschaft, einschließlich der Stiftung Deutsche Sporthilfe. Selbst ein Vergleich der Grundbedingungen mit der DDR geht in den meisten Teilbereichen des Leistungssports zugunsten der bundesdeutschen Athleten aus.

Die Fragen, die sich insbesondere nach den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Rom aufdrängen, müssen mit Ernsthaftigkeit untersucht und beantwortet werden.

Für Verdrängung ist weder Raum noch Zeit.

Die Maßstäbe, nach denen die Uhren im internationalen Leistungssport gehen, setzen in einer sehr großen Zahl von Sportarten leider nicht mehr die Athleten der Bundesrepublik Deutschland.



Auffallend sind vor allem sechs Faktoren:

- Die große Zahl von verletzten Leistungssportlern der Bundesrepublik Deutschland. Ausgerechnet vor großen internationalen Wettbewerben.
- Konkurrenz der Sportmediziner um die Betreuung und Behandlung der Sportlerinnen und Athleten.
- Hochgekockte bundesdeutsche Favoriten, die dann verlieren.
- Schädliche Rivalitäten in einigen Fachverbänden sowie Generationen - und Auffassungs-Probleme zwischen Funktionären und Athleten.
- Leistungshemmendes Gerangel zwischen den sogenannten Heim- und Bundestrainern.
- Oftmals ein Umfeld von Athleten (zum Beispiel Manager-Einflüsse), das im Gegensatz zu der Haltung der Verbände steht.

Kein Zweifel: An der Bereitstellung der öffentlichen Förderungsmittel für den Leistungssport durch Bund, Länder und Gemeinden kann der teilweise extreme Qualitäts- und Erfolgsverlust nicht liegen.

Man muß diese Voraussetzungen für den Leistungssport in der Bundesrepublik Deutschland aus aktuellen Gründen in Erinnerung rufen: Es gibt inzwischen 27 Bundesleistungszentren, fast 120 hauptamtliche Bundestrainer, elf Olympiastützpunkte im Aufbau oder der Planung, 66 Landesleistungszentren, 165 ortsnaher Stützpunkte, 20 Lehrkompanien und Sportfördergruppen sowie zwei Sport Schulen der Bundeswehr, Sportförderung durch den Bundesgrenzschutz und die Länderpolizei, sechs Sportinternate, 15 sportmedizinische Untersuchungszentren, die 1974 gegründete Trainerakademie in Köln, einen hohen Standard und beste Einrichtungen in der Sportwissenschaft, wie beispielsweise die Deutsche Sporthochschule und das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln.

Was daraus gemacht wird, ist die Kehrseite der Medaille.

Auch eine begleitende, kritische und vor allem sachkundige Sportpolitik der Bundesregierung - insbesondere durch den Innenminister als sogenannter Sportminister - ist nicht erkennbar.

In fünf Monaten sind die Olympischen Winterspiele im kanadischen Calgary und in einem Jahr die Sommerspiele in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul.

Für kleinmütiges und selbstgerechtes Taktieren ist keine Zeit mehr. Eine ungeschönte und wegweisende Bestandsaufnahme des „Leistungssports in der Bundesrepublik Deutschland“ ist überfällig und muß in wirksame Schlußfolgerungen münden, die mit Geschlossenheit und Überzeugungskraft umgesetzt werden.

Die von der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion beantragte und am 14. Oktober 1987 stattfindende öffentliche Anhörung des Sportausschusses des Deutschen Bundestages „Humanität im Leistungssport“ kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

(-/9.9.1987/vo-ha/rs)

* * *

